

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

20.10.1925 (No. 243)

Das „Berliner Tageblatt“ unterstreicht vor allem die englische Garantie des Rheinpakt. Noch niemals in seiner Geschichte habe sich England in einer ähnlichen Form gebunden. Der Rheinpakt sei die „Magna Charta“ für das künftige gemeinschaftliche Leben der Völker Europas.

Die „Bosche Zeitung“ weist mitzuteilen, daß die Delegierten der Westmächte, den unformellen Verhandlungen in Locarno folgende Aufträge gemacht habe: Verminderung der Truppen im Rheingebiet (schwarze Truppen dürfen überhaupt nicht mehr verwendet werden), Neuordnung der Luftverkehrsverhältnisse: Deutschland kann seine Luftflotte, die nicht für Kriegszwecke bestimmt ist, auf denselben Stand wie die Alliierten bringen, Erleichterung des Rheinlandregimes und Abänderung der Verhältnisse im Saargebiet.

Der „Vorwärts“ nennt den Vertrag von Locarno ein Werk des praktischen Pazifismus. Es werde der Gedanke des dauernden Friedens durch die in Locarno vereinbarten Urkunden in einem Maße verwirklicht, der allen Wünschen einzelner Vertragsmächte weit in den Hintergrund treten lasse.

Chamberlain und Briand in Paris

Chamberlain und Briand sind am Montag in Paris angekommen, von wo Chamberlain am Montag nach London weiterreisen wird. Sie wurden am Bahnhof vom diplomatischen Corps, darunter auch dem deutschen Geschäftsträger, empfangen. Gefandtschaftsrat Dr. Kirchholtes begrüßte namens des in Berlin weilenden deutschen Botschafters Briand und beglückwünschte ihn zu dem guten Ausgang der Konferenz von Locarno. Briand erklärte, er erwidere die Glückwünsche der deutschen Regierung und hoffe, Botschafter von Hösch in einigen Tagen sprechen zu können. — Als Briand und Chamberlain den Bahnsteig verließen, wurden sie mit dem Ruf „Vive la paix!“ empfangen, der sich auf die Straße fortsetzte, wo eine zahlreiche Volksmenge wartete.

Chamberlain empfing Montagabend die Vertreter der englischen, amerikanischen und französischen Presse und erklärte u. a., er sei fest überzeugt, daß die Abmachungen von Locarno einen Wendepunkt im Frieden von Europa darstellten, er möchte sogar sagen, für den Frieden der ganzen Welt. Chamberlain würdigte die von der deutschen Regierung ausgegangene Initiative als eine Tat hohen Mutes und großer Weisheit, und er sollte der Anteilnahme der deutschen Regierung und besonders des deutschen Reichsanzlers und des Reichsaußenministers hohe Anerkennung. Er sei in das Außenministerium mit bestimmten Ansichten über die europäische Lage gekommen, und die Folgezeit habe seine erste Meinung bestätigt, daß der Friede noch nicht geschlossen sei. Europa blieb in zwei Lager geteilt. Der Geist der Völker war immer noch der Geist aus der Kriegszeit. Er habe sich gesagt, daß wenn dieser Zustand noch einige Jahre andauert, dies notwendigerweise zu einer Katastrophe führen müsse. Ich wollte ein Mittel des Ausgleichs finden, und wir haben es gefunden. Wir haben auf einer sehr herzlichen, sehr festen Entente zwischen Frankreich und Deutschland den Frieden aufbauen können. In Locarno gelangten wir zu einem Abkommen, weil wir auf dem Fuße der Gleichheit verhandelten, d. h. weil jeder den Frieden wollte. Niemand übernahm ein untragliches Opfer. Niemand versuchte, den anderen zu betrügen. In Locarno hat es nur einen Sieg gegeben, den Sieg des Friedens über den Krieg. Auf eine Frage nach den Gründen seines Aufenthaltes in Paris erklärte Chamberlain, er wolle vor der Welt bestätigen, daß die Grundlage für dieses Sicherheitsabkommen die Entente cordiale sei, die vertrauensvoll zwischen der französischen und englischen Regierung und zwischen dem französischen und dem englischen Volke gewährleistet bleibe. Schließlich habe er mit Painlevé die logische Form des vollbrachten Werkes erörtert. Die Abmachungen von Locarno trübten auf alle Seiten und auf alle Grenzen eine Rückwärtsbewegung. Nach Hause zurückgekehrt, mühten alle mit derselben Einmütigkeit handeln, wie in Locarno. Auf eine Frage betreffend das Abrüstungsproblem antwortete Chamberlain, grundsätzlich sei man übereingekommen, daß eine Konferenz früher zusammentreten werde, als dies ohne die Konferenz von Locarno möglich gewesen wäre.

Briand erklärte Montagabend französischen Journalisten über die am Nachmittag geführte Unterredung zwischen Painlevé Chamberlain und Briand: Wir haben uns über die Folgen, die man aus dem Vertrag von Locarno ziehen muß, unterhalten. Was die Umgruppierung der Truppen im Rheinlands betrifft, so wird es Hauptaufgabe der Londoner Konferenz sein, sich hiermit zu beschäftigen. In Wirklichkeit haben wir den französischen Ministerpräsidenten genau dar-

über in Kenntnis gesetzt, was in Locarno geschehen ist. Niemand in Frankreich kann jetzt behaupten, die französische Grenze sei nicht geschützt. Frankreich hat in Locarno keines seiner Rechte aufgegeben. Wir können die Verhandlungen, die zu Ende geführt wurden, als solche bezeichnen, die eine wahrhafte Förderung des Weltfriedens bringen werden.

Englische Staatsmänner über den Vertrag von Locarno

W. B. London, 20. Okt. Churchill sagte in einer Rede in Chingford über den Vertrag von Locarno u. a.: Wir sind der Ansicht, daß die Lage sich bessert, nicht nur in unserem Lande, sondern auch in der ganzen Welt. Der Vertrag von Locarno war der Vorläufer noch weitgehender Verbindungen, die zwischen den Staaten Europas und der Welt möglich wären.

Kolonialsekretär Amery sagte in einer Rede in Birmingham: Es ist ein Frieden auf Grund der Gegenseitigkeit zwischen gleichberechtigten Nationen, die entschlossen sind, eine bessere Zukunft für Europa herbeizuführen. Niemandes Ehre ist durch die Bedingungen dieses Friedens verletzt worden. Das abgeschlossene Abkommen wird nach englischer Auffassung einen Wendepunkt in der Zukunft der Gebiete Europas bilden, an deren Wohlfahrt Großbritannien wegen ihrer Nähe interessiert ist. Es ist wesentlich für den künftigen Frieden, daß die ganze öffentliche Meinung einer friedliebenden Welt sich hinter diese Vereinbarungen stellt und darauf achtet, daß sie eingehalten werden.

Politische Neuigkeiten

Dr. Schacht in Amerika

Der Präsident der Deutschen Reichsbank Schacht ist in New-York eingetroffen. Er äußerte bei Ankunft, er komme nicht, um die Möglichkeit irgendwelcher Anleihen zu prüfen, oder solche abzuwickeln und fuhr fort: Ich denke, alle derartigen Verhandlungen sollten den privaten Bankfirmen und Banken überlassen werden. Ich freue mich zu sehen, daß die freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den deutschen und den amerikanischen Bankiers vor dem Kriege bestanden, ziemlich wiederhergestellt wurden. Schacht sagte weiter, er wünsche den Besuch des Gouverneurs Strong von der Federal Reservebank von New-York zu erwidern. Sein Besuch gebe ihm Gelegenheit, in persönliche Beziehungen zu den amerikanischen Finanzautoritäten zu treten und ihnen zu versichern, daß Deutschland seine Industrie nach gesunden finanziellen und wirtschaftlichen Grundfäden aufzubauen wünsche. Schacht hatte eine Zusammenkunft mit dem Vorsitzenden der Federal Reservebank von New-York Pierre J. P. Warburg.

Eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten

In Frankfurt wurde eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten auf überparteilicher und überkonfessioneller Grundlage gegründet. Sie erzieht den Gedanken des politischen und sozialen Föderalismus zum Gemeingut des deutschen Volkes zu machen. Zunächst will sie darauf hinwirken, daß in den Parteien nur solche Kandidaten aufgestellt werden, die auf dem Boden von Art. 18 der Reichsverfassung stehen (Neugliederung des Reiches zur Erzielung wirtschaftlicher und kultureller Höchstleistung) und bereit sind, mit ganzer Kraft für die Reichsunmittelbarkeit der nicht zum Stammgebiet Preußen gehörenden Teile des preussischen Staatsgebietes einzutreten. Dem Arbeitsausschuß gehören an u. a.: Albert, M. d. N., Hamburg; Dr. Ernst Michel-Frankfurt a. M.; Dr. Schmittmann, Universitätsprofessor, Köln; Graf Bernstorff-Wehmingen, Senatspräsident, Danzig; M. d. N., Braunschweig; Dr. Penke, Universitätsprofessor, Moskau und Adam Wäber, M. d. N., Karlsruhe.

Die Remeler Wahlen. Am Montag haben die Wahlen für den ersten Landtag des Remelgebietes unter litauischer Souveränität stattgefunden. Erstere Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Die Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt von heute Dienstag vormittag ab. In der Stadt Remel haben 85-90 Proz. der Wahlberechtigten gewählt. In einzelnen Stimmbezirken haben bis 7 Uhr abends sogar 95 Proz. gewählt. Auf der Wehrung beträgt die Wahlbeteiligung durchschnittlich 85 Proz.

Die Zusammenkünfte in Leipzig. Wie der Reichskriegerbund mitteilt, hatten die Veranstaltungen des Frontbanns, die in Leipzig-Stötteritz zu unwesentlichen Zusammenkünften mit dem Roten Frontkämpferbund führten, mit dem Reichskriegerbund veranstalteten Reichskriegertag überhaupt nichts zu tun.

Ein Dolchstoßprozess in München

Vor dem Münchner Gericht begann am Montag ein Prozess, der, wenn es nach dem Willen der Prozessbeteiligten geht, nichts weniger als eine erneute Behandlung des vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß durchgearbeiteten Stoffes über die Ursachen des Zusammenbruches von 1918 bringen soll.

Technisch gilt der Prozess als Privatbeleidigungsklage des Professors Paul Nikolaus Cohnmann, Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“ gegen den verantwortlichen Redakteur des süddeutschen sozialdemokratischen Organs, die „Münchener Post“, Martin Gruber. Den Gegenstand des Prozesses bilden mehrere, allerdings recht kräftige Artikel der „Münchener Post“, die sich mit den Ausgaben der „Süddeutschen Monatshefte“ vom April und Mai vorigen Jahres „der Dolchstoß“ und „Die Auswirkung des Dolchstoßes“ beschäftigen. Es heißt da u. a., daß die Auswirkung des Dolchstoßes Cohnmanns eine politische Brunnengiftung schlimmster Art sei, daß nur ein gewissenloser Goldschreiber, der nicht das geringste Gefühl für Ehre und Wahrhaftigkeit besitzt, dem aber die Fingerfertigkeit eines Taschendiebes eigen ist, so ernste Dinge in ihr Gegenteil verkehren könne. Weiter wird ironisch gesagt, daß Cohnmann ein gewissenhafter Geschichtsforscher und ein Ehrenmann dazu sei, daß die Mitarbeit der „Süddeutschen Monatshefte“ an diesem Lügengewebe eine sehr ehrenwerte Beschäftigung darstelle. Cohnmann besitze den traurigen Mut, die Verzweiflungsschreie eines von Hungerfieber gepeinigten Volkes zum systematischen Dolchstoß in den Rücken des Heeres umzuformulieren; das sei ungebührlich ebenso charaktervoll, wie wenn ein Frankfurter Judenbub in München in Antisemitismus mache, weil es die politische Konjunktur erfordere. Cohnmann sei ein politischer Giftmischer, den man noch schlimmer verdächtigen müsse, wollte man aus seiner jüdischen Weltanschauung Schlüsse ziehen, wie sie seinen antisemitischen Freunden nabeliegen. In weiteren Artikeln wird Professor Cohnmann als politischer Falschmünzer bezeichnet, es ist die Rede von einem Parisererbst des Herrn Cohnmann, von der ganzen fanatischen Bosheit des jüdischen Blüdigquers Cohnmann, von dem literarischen Vorkämpfer Cohnmann usw.

In der Verhandlung erklärte Cohnmann: Zu der Behauptung des Beklagten, daß er vom Grafen Reventlow und der Wälschischen Partei Zuwendungen erhalten habe, daß er Reventlow nur einige Male flüchtig gesehen habe und mit der Wälschischen Partei überhaupt keine Verbindung unterhalte. Cohnmann legte dann in längerer Ausführungen die Einstellung der „Süddeutschen Monatshefte“ zu den in Frage stehenden Problemen dar, wobei er darauf hinwies, daß sie nie von einer Partei abhängig gewesen seien. Die Zeitfrist habe auch die Verbindung mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften gepflegt. Im November 1917 sei ein Text, das nur von Sozialdemokraten geschrieben sei, erschienen. Im Laufe der Zeit sei die fundamentale Bedeutung der Schulfrage immer klarer in Erscheinung getreten. Die Schulfrage sei geradezu der Kern des Dolchstoßes. Was 1918 und auch schon früher geschehen sei, sei kein Landesverrat, sondern Volksverrat gewesen. Er hätte selbst den Wunsch, daß das Material, das ihm zur Verfügung stehe, schlechter wäre, so daß man sagen könne, er habe maßlos übertrieben. Aber das sei nicht der Fall. Er werde das Material dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Verfügung stellen und sich im Verlaufe des Prozesses nur auf das Wichtigste stützen.

Sevorstehende Begnadigung von Kindermann und Wolsch. Die Meldung eines Berliner Blattes, daß die deutschen Studenten Kindermann und Wolsch in Moskau aus der Haft entlassen worden seien, trifft den Wälschischen nicht zu. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß sie Anfangs November begnadigt werden.

Zur Zeit keine neuen Lokomotivaufträge. Wie das WTB von unterrichteter Stelle erfährt, kommen neue Aufträge seitens der Reichsbahn-Gesellschaft an die Lokomotivindustrie, voraussichtlich erst für das Haushaltsjahr 1926 in Frage. Ihr Umfang wird von dem im Haushaltsplan für diesen Posten vorgesehenen Mitteln abhängig sein.

Mitteilung französischer Kommunisten. Vom Pariser Gericht wurden am Montag 27 kommunistische Manifestanten, die im Verlaufe des am 12. Oktober stattgehabten 24. Kündigen Generalstreiks festgenommen worden waren, abgeurteilt. Die Angeklagten wurden sämtlich wegen Verleumdung oder Gewaltanwendung gegenüber Polizeibeamten, wegen Verleumdung der Arbeitsfreiheit, oder wegen Verstoßes gegen einen Ausweisungsbefehl zu Strafen von einer Woche bis zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kongress für Musikästhetik in Karlsruhe

„Last not least“ möchte man sagen, wenn jetzt nach Beendigung der musikalischen Sommerkampagne in Karlsruhe der Versuch gewagt wurde, die Form eines musikalischen Kongresses zu einer gründlichen Aussprache über die „Ergebnisse und Probleme der neuen Musik“ zu benützen. Die Veranstalter — die Gesellschaft für geistigen Aufbau und das Bad. Konservatorium — können jedoch mit ihrer Arbeit zufrieden sein. Alle Teilnehmer hatten wohl auch selbst die Empfindung, daß dabei sehr Wertvolles geleistet und für manches eine Klärung geschaffen wurde, der man nunmehr kein offenes Heim entgegenzuleben kann. Die Wirkung der einen oder anderen Rede wird sicher dies Karlsruher Zusammenkommen überdauern. Nicht nur der warme Ton und die Offenheit der Aussprache klang mitunter überzeugend, wie es nur erreicht werden kann, wenn sich Menschen einander nahe kommen, die Tagung hatte in der Tat jenen Schein von Recht, an den Liszt's Wort gemahnt: „Es gibt zweifellos nichts Besseres, als die berühmten Töne zu achten, zu bewundern und zu studieren, aber warum soll man nicht zuweilen auch einmal mit den Lebenden leben?“

Eine gewisse Enttäuschung brachte vielleicht der Kongress, insofern der beschränkte Zeitraum es einfach nicht zuließ, auf alle Belange und Fragen, die der neue Musikgeist aufgeworfen hat, einzugehen. Aber gerade in der Beschränkung auf das Wichtigste zeigte sich auch, daß den Veranstaltern genau bewußt war, wie schwer und verantwortungsvoll die gestellte Aufgabe nun eigentlich ist. Wenn man sich grundsätzlich daher in der Wahl der Themen und auch in der Heranziehung der Redner auf repräsentative Anschauungen und Vertreter von vornherein festgelegt hatte, so war damit der Situation am besten gedient und zugleich auch klug vermieden, daß der Blick vom Wesentlichen abgelenkt wurde. Formproblem, Einheitsproblem, Stilproblem waren Inhalt der sechs Vorträge, drei Fragen, von denen das Schicksal der zeitgenössischen Musik in erster Linie abhängt; ihre prägnante Darlegung wurde in den entscheidenden Akzenten — vornehmlich in den Vorträgen Paul Bessers, Hans Schumanns, G. M. von Hornbostels und Ernst Kreneks — auch eine Manifestation, die man fortan weder übersehen noch vergessen darf.

Es wurde natürlich im Rahmen eines Zeitungsreferates zu weit führen, nun auf alle diese wichtigen Dinge im einzelnen

einzugehen. Deshalb sei hier nur das Resultat der Tagung annähernd umschrieben. Paul Besser machte in seinem dialektisch meisterhaft aufgebauten Vortrag über „Materiale Grundlagen der Musik“ den Boden klar, auf dem die anderen Redner ihren Text formulieren konnten. Ihm gebührt das Verdienst, die große Antithese „Harmonie-Kolophonie“ aus der dualistischen Klangnatur und der Materialgeschichtlichkeit des Klanges soweit geklärt zu haben, daß man die Bedeutung des Klanges als Formprinzip klar erkannte, je nachdem er aus der menschlichen Stimme — also vokal-polyphonisch — sich entwickelt hat oder mechanischer Herkunft ist, d. h. instrumental-harmonisch ist. Aus dieser Festlegung, die wohl begründet wurde, ergibt sich für heute, nachdem während der Jahrhunderten die instrumental-harmonische Einseitigkeit geherrscht hatte, eine erneute Hinwendung zum Vokalempfinden: die natürliche Basis für die junge Musik, die eben dem Eigenwesen des Vokalen erneut Bahn schaffen will. Zum gleichen Problem, jedoch im engeren Sinne und geklärt auf die Meinung, daß Juge Sonate und Vachsche Konzertform im Grunde etwas Irrationales, nicht Ableitbares und psychologisch nur schwer Erklärbares seien, sprach August Salm, dabei Gedanken anschlagend, die wie die Definition eines Urtypus im Wiederholungs- u. Strukturbedürfnis metaphysisch nicht von der Hand zu weisen sind, aber auch auf Reibungsflächen zwischen ihm und Bessers Auffassung deuten. Schon hier wurde in dem Begriff der monistischen Konzertform gegenüber der dualistischen Sonate ein Gegensatz deutlich, der auch sonst der Musikästhetik seit langem große Schwierigkeiten bereitet. Beim zweiten Thema, dem Einheitsproblem, zeigten Georg Capellen's Bemühungen einer Lösung des Musikproblems, die von Niemandem dualistischer Auffassung ihren Ausgang nahmen und wieder aus monistischer Perspektive den Fragenkomplex beleuchteten, wie dieser alte Streit noch stets die Köpfe beschäftigt, ohne freilich praktisch noch allzugroßen Wert zu besitzen. Denn wenn nicht alle Zeiden trügen, so ist mit Hans Schumanns neuer Theorie, der aus der chinesischen Pentatonik abgeleiteten „Monozentrik“ die Streitart begraben und in dieser zentrisch orientierten Lehre eine Grundlage geschaffen, über die sich die Geister voraussichtlich bald einigen werden. Jedenfalls war gerade das, was dieser temperamentvolle Redner zur Verteidigung seines Systems vorbrachte sehr einleuchtend und beinahe schon überzeugend. Außerst interessant und anregend waren weiterhin die Aus-

führungen des Forschers G. M. v. Hornbostel über exotische Musik, ein von trefflichen Beispielen unterstützter ungemein fesselnder Vortrag zum Stilproblem. Das der Redner, wie er selbst meinte in seinen zahlreichen Ausführungen auch nur mit acht von den zweitausend Vorurteilen, die über die Exotik verbreitet sind, aufzuräumen können, so fühlte sich der Referent auferkand, hier auch nur annähernd einen der auf genauester Kenntnis beruhenden Gedanken wiedergeben zu können, die er mit dem Vortragenden sein Thema zu umkleiden wählte. War hier die Aufmerksamkeit der Zuhörer schon stark gefesselt, so wuchs sie zu größter Spannung, als endlich im letzten Vortrag Ernst Krenek das Wort ergriff, um seine Ansichten zur Musik der Gegenwart in scharfgeprägten, aber sachlich leider sehr berechtigten Sätzen zu äußern. Der Inhalt seiner — man möchte sagen aktuellen — Rede wird bald an anderer Stelle im Druck erscheinen. Leute, denen es mit der Lage der Musik ernst ist, seien schon heute auf diese Publikation hingewiesen und hier deshalb nur angedeutet, daß damit die Tagung ihren Höhepunkt erreicht hatte und unter dem lebendigen Eindruck einer wahrhaft genialen Persönlichkeit schloß.

Die beiden Tage des Kongresses sahen auch sonst künstlerischen Hochbetrieb. Darüber wird im nächsten Konzertbericht noch Manches zu sagen sein. Heute mag es genügen noch Heinrich Bessers Namen zu nennen, der in seiner Eröffnungsansprache zum Kongress feinsinnig die „Klassik und Romantik“ schied und dadurch der gesamten Veranstaltung von vornherein den rechten Grundton gab. Erwähnt sei noch, daß von auswärts recht zahlreich Gäste erschienen waren und mit reger Anteilnahme allen Vorträgen folgten, während das Karlsruher Musikpublikum der so wichtigen Tagung auffallend geringes Interesse entgegenbrachte. So hatte auch der akademische Musikdirektor Cassimir, der im Auftrag des Bad. Konservatoriums einige Begrüßungsworte zu den Gästen sprach, sich in der Hauptsache an — Auswärtige zu wenden. Doch tröstet uns uns mit Krenek, der ja an dem Schluß seiner Ausführungen u. a. das vielbelegte Wort stellte: „Vivere necesse est, artem facere non!“ Daß der Kongress dennoch eine notwendige Etappe war und eine geradezu historische Aufgabe hatte, da wir in der Musik an einer historischen Wende stehen, läßt sich nicht bestreiten. — D. Sch.

Kurze Nachrichten

Hugo Breuch-Straße. Der Bürgermeister von Tellow bei Berlin...

Denkmal für die Verhandlungen zwischen Kaiserin und Triand? Eine Pariser Nachrichtenagentur verbreitet folgende Meldung...

Neue Arbeiten in Damaskus. Wasas meldet aus Beirut: Die Truppen sind im südlichen Viertel von Damaskus eingedrungen...

Badischer Teil

Das Badische Wörterbuch

Am Verlage von Moritz Schäfer in Bahr i. B. ist die erste Lieferung des Badischen Wörterbuchs erschienen...

Aus dem Vorwort des Bearbeiters Ernst Cäsar ist folgendes ersichtlich: Das Badische Wörterbuch stellt den Wortschatz der lebenden Mundarten Badens dar...

Tagungen

Die badische Landesversammlung des evangl. Bundes findet kurze Zeit in Rühl statt.

Nr. 42 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Gesetze: über Bürgerschaften des Landes Baden für Darlehen an das badische Handwerk...

Gemeinde-Rundschau

Ausstellungsbefehl in Bretten. In der Stadtratsitzung in Bretten wurde bekanntgegeben, daß der vorläufige Abschluß der Landwirtschafts- und Gewerbeausstellung in Bretten...

Die Gemeinde Waldstetten (Amt Buchen) beabsichtigt den Bau einer neuen Wasserleitung, deren Kosten auf 45 000 M. veranschlagt sind...

Die Billinger Bürgermeisterfrage gelöst. Die seit langem die Gemüter bewegende Billinger Bürgermeisterfrage hat jetzt ihre Lösung gefunden...

Die beschleunigten Personenzüge der Schwarzwaldbahn. In der Angelegenheit der angezeigten ganzjährigen Führung der beschleunigten Personenzüge 1452/53 Frankfurt-Schwarzwaldbahn-Konstanz...

Amtsenthebung eines Gemeinderats. Der kommunistische Gemeinderat Karl Döbler in Neustadt hatte sich vor dem Bezirksrat als Disziplinargericht zu verantworten...

Kurze Nachrichten aus Baden

23 Ettlingen, 19. Oktober. Ein aules Zeichen für die Lage der Landwirtschaft dürfte u. a. darin zu finden sein, daß die Grundbillsverpachtung in Speyer am letzten Samstag kaum 1 Mark für das Ar ergab...

23. Triberg, 20. Okt. Der Umbau der beiden Triberger Brücken der Schwarzwaldbahn oberhalb des Triberger Bahnhofes, wo die Gutach und der Ruhbach überbrückt werden, geht dem Abschluß entgegen...

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Der hier im Ruhestand lebende Medizinalrat Dr. Julius Blume, langjähriger Bezirksarzt in Philippsburg, ist im Alter von 80 Jahren gestorben...

Ein Fleischpreisabschlag tritt nach Mitteilung der Regierung hier mit dem heutigen Tage ein und zwar bei Rindfleisch um 2 Pfg. und bei Kalbfleisch um 10 Pfg. je Pfund...

Wadisches Landestheater. In „Gianni Schicchi“, der einaktigen komischen Oper von Puccini, die am 21. im Landestheater zum erstenmal zur Aufführung gelangt...

Das Kolosseum. Das Programm vom 16. bis 31. Oktober bringt ein urkomisches rheinisches Spiel in drei Akten: „Darum ist es am Rhein so schön“...

Wetternachrichtendienst der Bad. Landesweiterwartung Karlsruhe vom 20. Oktober, 8 Uhr vorm.: Der Kaltluftbruch brachte eine Temperaturerniedrigung von über 5 Grad...

Unfälle im Straßenverkehr. Die amtlichen Statistiken beweisen, daß rund 1/10 aller Straßeneinfälle durch Sorglosigkeit des Menschen verursacht werden...

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (20. Okt., 19. Okt.), and exchange rates.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Vereinigung der abgeordneten Gemarlung Detschel mit der Gemeinde Rippenheim.

Der zwischen der abgeordneten Gemarlung Detschel und der Gemeinde Rippenheim, Amtsbezirk Bahr, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarlung mit der Gemeinde Rippenheim wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1925. Der Minister des Innern. J. B. Leers.

Der heutigen Nummer liegt die amtliche Gewinnliste des Münsterbau-Geldlotterie bei, auf die wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Baubund - Möbel - Verkauf

wegen Umzug

zu herabgesetzten Preisen und erleichterten Zahlungsbedingungen. Erstklassige Qualität. Langjährige Garantie.

BADISCHER BAUBUND G. M. B. H.

Karlfriedrichstr. 22 KARLSRUHE Rondellplatz

Altreichskanzler Dr. Marx

spricht am **Mittwoch** abend in der Festhalle
Die Wählerschaft von Karlsruhe ist hierzu herzl. eingeladen

Den Verkauf von Blumen und Kränzen in der Karl-Wilhelmstraße betr.
In der Zeit vom 29. Oktober 1925 bis einschließlich Montag, den 2. November 1925 ist die Benützung der Karl-Wilhelmstraße zur Aufstellung von Ständen zum Verkauf von Blumen und Kränzen gestattet. Die Verkäufer müssen im Besitze einer bezüglichen schriftlichen Erlaubnisbescheinigung des Stadtrats sein, welche den Polizeibehörden auf Verlangen vorzuweisen sind. Die Anordnungen der Polizeibeamten sind pünktlich zu befolgen.
Karlsruhe, den 17. Oktober 1925. D. 3. 151
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Landtagswahl 1925 betr.
Auf Grund der §§ 29, 30, 41 Ziffer 3 Pol.-Str.-G. B., 366 Ziffer 10, 367 Ziffer 9 R.-Str.-G. B. wird für die Zeit vom 20. bis einschließlich 31. Oktober 1925 folgendes verordnet:
§ 1.
Den Teilnehmern an Versammlungen, Aufzügen und Kundgebungen jeder Art ist es untersagt, Schuß-, Stoß- oder Hieb- oder Scheintodpistolen, Schlagringe, als Waffen geltende oder feststellbare Messer, Stöckchen, Knüttel, Spiralfedern, Knüttel aus Gummi, Holz oder Metall sowie Knoten- und andere schwere Stöcke zu führen.
§ 2.
Propagandawagen dürfen nur einzeln (in einem Abstand von mindestens 300 m) und nur in der Zeit von 11^{Uhr} vormittags bis 5^{Uhr} nachmittags fahren und sich weder vor, während oder nach der Fahrt an irgend einem Punkte der Stadt sammeln.
Die in § 1 genannten Waffen, ferner Ketten, Hämmer, Holzstücke, Steine oder andere zum Werfen geeignete Gegenstände dürfen auf Propagandawagen nicht mitgeführt werden.
§ 3.
Schul- und Fortbildungsschulpflichtigen ist die Teilnahme an Propagandafahrten untersagt.
Propagandawagen sind am Tage vor der Benützung unter Bezeichnung des Eigentümers, des Führers und einer für das Verhalten der Befahrung verantwortlichen Person sowie der Nummer des Fahrzeuges der Polizeidirektion schriftlich zu bezeichnen.
Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Haft bestraft.
Karlsruhe, den 19. Oktober 1925. D. 3. 153
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Kupfpolieren von Matrizen und Divans etc. sowie Neuanfertigung besetzt
Albert Gens, Tapezier
Steinstraße 21.
E. 744

Harmonium
2 Reg. Mark 238.—
9 Reg. Mark 297.—
13 Reg. Mark 411.—
Zahlungsverleichterung
Frankfurterstraße 943
LANG
Kaiserstr. 11. Tel. 1073
Salamander-Schubhaus

Massage
wird gewissenhaft ausgeführt.
Frau Frieda Huber, Masseuse, Gartenstraße 24, IV, rechts.
Samstags nicht. E. 753

Bruchsal. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Kaufmanns Karl Wilhelm Lipp in Bruchsal wurde heute gemäß § 204 R.O. eingestellt.
Bruchsal, 13. Okt. 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 12. Oktober 1925 ist das Stammkapital auf den Betrag von M. 20.000.— herabgesetzt worden. Wir fordern die Gläubiger der Gesellschaft zu sich, um die Liquidation zu melden.
Bruchsal, den 12. Okt. 1925.
H. Weber & Co.
Mech. Zwickerei-Kaufenburg
G. m. b. H.

Brennholzverfeigerung
des bad. Forstamts Gengenbach am Samstag, den 21. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, in der Brauerei aus verschiedenen Staatswaldbeständen.
Das Holz ist zur Abfuhr bereit am Güterbahnhof Gengenbach und kann sowohl auf Fuhrwerke als auch auf der Bahn verladen werden.
Es kommen zur Verfeigerung:
Buchenstücke II. Kl. 50 Ster;
Nadelstücke II. Kl. 90 Ster;
Nadelstücke III. Kl. 21 Ster;
Buchenstücke I. Kl. 7 Ster;
Buchenstücke II. Kl. 3 Ster;
Gemischte Brügel II. Kl. 2 Ster;
Nadelstücke I. Kl. 54 Ster;
Nadelstücke II. Kl. 47 Ster;
Nadelstücke 28 Ster; zusammen 311 Ster.
Nähere Auskunft, auch wegen Beichtigung erteilt das Forstamt.

Das Materialamt der Reichsbahnverwaltung Karlsruhe verleiht
am Freitag, den 23. Oktober 1925, vorm. 8 Uhr beginnend im Gerätehauflager Karlsruhe, alter Personenbahnhof, Eingang Ruppurrerstraße alte, für Eisenbahnzwecke nicht mehr geeignete Geräte, darunter:
Schränke, Tische, Bänke, Hobelbänke, Wasserländer, Karren, Schraubstöcke, Ofen, Herde, Abfallholz, Almetalle. E. 157

Güterrechtsregister.
Eugen, E. 80
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 490; Kaufmann Ludwig Stiel, und Anna geb. Krehler, Vertrag vom 9. September 1925 Erbschaftsgemeinschaft mit Geltung ab Ehebeginn.
Eugen, 24. Sept. 1925. Amtsgericht.

Manheim. E. 94
Zum Güterrechtsregister Band XV wurde unter D. 3. 379 am 10. Oktober 1925 eingetragen: Eduard Eckert, Kohlenhändler, und Anna geb. Schmitt-Mannheim, Vertrag vom 25. August 1925 Aufhebung der Verwaltung und Rückübertragung des Mannes. Am 10. Oktober 1925 unter D. 3. 380: Wilhelm Heinrich Ferdinand Kiel, Rogazintier, und Emma Johanna geb. Spiegel, Mannheim, Vertrag vom 5. Oktober 1925 Güter-

trennung. Unter D. 3. 381: Johann Georg Baer, Mechaniker, und Katharina geb. Blum, Mannheim, Vertrag vom 9. Oktober 1925 Gütertrennung. Am 14. Oktober 1925 unter D. 3. 382: Franz Ehrlich, Kaufmann, und Caroly geb. Ehrlich, Mannheim, Vertrag vom 2. Oktober 1925 Erbschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr im Vertrag bezeichnetes Vermögen, ferner alles, was sie späterhin von Todeswegen oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder als Ausstattung, oder auf sonst irgend eine Weise noch erwirbt. Unter D. 3. 383: Richard Wöhrling, Kaufmann, und Eva geb. Eberhard, Mannheim, Vertrag vom 9. Oktober 1925 Gütertrennung. Mannheim, 14. Okt. 1925. Amtsgericht.

Offenburg. E. 151
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 4: Wendelin Volk, Bahnarbeiter in Neffelsried, und dessen Ehefrau Katharina geb. Meel. Durch Vertrag vom 26. September 1925 ist die Gütertrennung unter Ausschluß des Ehegutes von jeder Verwaltung und Nutzung an ehewirtschaftlichen Vermögen vereinbart.
Offenburg, 18. Okt. 1925. Bad. Amtsgericht I.

Die Deutsche Demokratische Partei führt den Landtagswahlkampf sachlich und läßt sich davon auch nicht abbringen, wenn ihr das durch die Kampfesweise der Gegner schwer gemacht wird.
Auf die herausfordernden, der Wahrheit vielfach widersprechenden Angriffe gegen die Deutsche Demokratische Partei in dem Aufruf der Deutschen Volkspartei erwidern wir:
Theoretische Auseinandersetzungen darüber, wer das alte liberale Erbe verwaltet, sind zwecklos. Nur auf die

liberale Tat
kommt es den Wählern an. Die aber wird gerade bei der Deutschen Volkspartei überall vermist. Während der ganzen Landtagsperiode ist die deutsch-volksparteiliche Landtagsgruppe statt positiv mitzuarbeiten, im Winkel gestanden und hat sich an der Seite der Deutschen Nationalen und des Landbundes in eine völlig unfruchtbare Opposition begeben.
Die Anwürfe gegen die verdienten Führer der ehemaligen nationalliberalen Partei, die heute in unseren Reihen stehen, weisen wir zurück. Der volksparteiliche Aufruf hat die Kühnheit, diejenigen alten Nationalliberalen als Verächter am alten liberalen Gedanken hinzustellen, die nach dem staatlichen Zusammenbruch im Jahre 1918 aus einem großen vaterländischen Gedanken heraus sich entschlossen, der Zersplitterung des freiheitlichen Bürgertums ein Ende zu machen und sich an der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei zu beteiligen.

Wir fragen nun aber: Ist vielleicht die politische Charakterfestigkeit bei denjenigen, die sich — wie beispielsweise der jetzige Spitzenkandidat der Volkspartei in Freiburg, Staatsanwalt Obkircher — im Jahre 1919 zwar auch von dem großen vaterländischen Gedanken tragen ließen und in der Deutschen Demokratischen Partei mitarbeiteten, nachher aber „in entscheidender Stunde nicht die Kraft befehlen haben, trennen zur Fahne zu stehen!“ —, sondern der Partei des liberalen Bürgertums in den Rücken fielen?
Die Deutsche Volkspartei hat den Liberalismus der Tat verleugnet, indem sie sich in Abhängigkeit zu der Deutschnationalen Volkspartei begeben hat, und sie hat in wichtigen Fragen auf einen eigenen politischen Willen zu Gunsten der Deutschnationalen völlig verzichtet.
In der Aufwertungsfrage hat sie den großen Wahlbetrag der Deutschnationalen in gleichem Maße gemindert: Zuerst riesenhafte Versprechungen, dann im Reichstag Umfall auf der ganzen Linie;
in der Zoll- und Steuerpolitik hat die Volkspartei die Führung vollkommen an die Deutschnationalen abgetreten und einem unliberalen, wirtschaftsfeindlichen Zolltarif zugestimmt, dessen verhängnisvolle Wirkungen auf unser ganzes Wirtschaftsleben schon drei Wochen nach seiner Geburt in die Erscheinung treten.
In der Außenpolitik verdammt es der jetzige Außenminister allein der „Leichtfertigen“ Erfüllungspolitik früherer Tage, daß er überhaupt als Vertreter des deutschen Reiches auftreten kann, denn ohne jene Politik gäbe es heute kein deutsches Reich mehr. Wie stark die Abhängigkeit der Deutschen Volkspartei von den Deutschnationalen auch auf diesem Gebiet ist, zeigt

das Vorgehen Stresemanns bei der Kriegsschuldaktion, die uns nur diplomatische Ohrfeigen eintrug und die Konferenz von Locarno beinahe in Frage gestellt hätte.
In der Kulturpolitik vollends hat die Deutsche Volkspartei als Trägerin des Kabinetts Luther-Stresemann blind den deutsch-nationalen Schulgeheimtums und damit ihre Abzankungsurkunde als liberale Partei, als Verfechterin der Geistes- u. Gewissensfreiheit unterschrieben.
Schutz der „wirtschaftlich Schwachen“ klingt wie Hohn im Munde einer Partei, die als Schuttruppe der Schwerindustrie gegründet auch jetzt wieder bei der Verabschiedung der Zollgesetze sich als Verfechterin der Interessen dieser Schwerindustrie gezeigt und die wirtschaftlich Schwachen den wirtschaftlich Starken geopfert hat. Auch bei der Abstimmung über die Anträge auf Verbesserung der unteren Beamtengruppen hat die Deutsche Volkspartei die wirtschaftlich Schwachen im Stich gelassen.
Wer liberal denkt und fühlt, gibt der

Deutschen Demokratischen Partei
seine Stimme, wenn er eine Partei wählen will, in der kein Liberalismus der Worte sondern der

Liberalismus der Tat
getrieben wird. E. 825

Badisches Landestheater
Mittwoch, 21. Oktober 1925
*D. 5. Zp. Gen. 701—800
Zum erstenmal:
Gianni Schicchi
Komische Oper in einem Aufzuge.
Musik von Giacomo Puccini.
Rustfällige Leitung:
Dr. Fritz Knoll.
In Szene gef. v. Otto Krauß.
Personen:
Gianni Schicchi Weprauch
Lauretta Stecher
Rita Rentwig
Simone Siegfried
Gerardo Rühner
Rella Joebisch
Sperardino
Betto v. Signa
Simon
Marco
Giuseppa
Sperardino
Guccio
Hierauf:
Neu einstudiert:
Die schöne Galathee
Komisch-musikalische Oper in drei Akten.
Musik von Franz von Suppé.
Rustfällige Leitung:
Dr. Fritz Knoll.
In Szene gef. v. Otto Krauß.
Personen:
Pygmalion Rentwig
Ganymed Hoffmann-Breuer
Nyxos Siegfried
Galathee von Krauß
Anfang 7^{Uhr}, Ende gegen 10^{Uhr}.
Sperstoff I 6. 40 Mark

Freiheitlich gesinnte Wähler!

Die Deutsche Demokratische Partei führt den Landtagswahlkampf sachlich und läßt sich davon auch nicht abbringen, wenn ihr das durch die Kampfesweise der Gegner schwer gemacht wird. Auf die herausfordernden, der Wahrheit vielfach widersprechenden Angriffe gegen die Deutsche Demokratische Partei in dem Aufruf der Deutschen Volkspartei erwidern wir: Theoretische Auseinandersetzungen darüber, wer das alte liberale Erbe verwaltet, sind zwecklos. Nur auf die liberale Tat kommt es den Wählern an. Die aber wird gerade bei der Deutschen Volkspartei überall vermist. Während der ganzen Landtagsperiode ist die deutsch-volksparteiliche Landtagsgruppe statt positiv mitzuarbeiten, im Winkel gestanden und hat sich an der Seite der Deutschen Nationalen und des Landbundes in eine völlig unfruchtbare Opposition begeben. Die Anwürfe gegen die verdienten Führer der ehemaligen nationalliberalen Partei, die heute in unseren Reihen stehen, weisen wir zurück. Der volksparteiliche Aufruf hat die Kühnheit, diejenigen alten Nationalliberalen als Verächter am alten liberalen Gedanken hinzustellen, die nach dem staatlichen Zusammenbruch im Jahre 1918 aus einem großen vaterländischen Gedanken heraus sich entschlossen, der Zersplitterung des freiheitlichen Bürgertums ein Ende zu machen und sich an der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei zu beteiligen. Wir fragen nun aber: Ist vielleicht die politische Charakterfestigkeit bei denjenigen, die sich — wie beispielsweise der jetzige Spitzenkandidat der Volkspartei in Freiburg, Staatsanwalt Obkircher — im Jahre 1919 zwar auch von dem großen vaterländischen Gedanken tragen ließen und in der Deutschen Demokratischen Partei mitarbeiteten, nachher aber „in entscheidender Stunde nicht die Kraft befehlen haben, trennen zur Fahne zu stehen!“ —, sondern der Partei des liberalen Bürgertums in den Rücken fielen? Die Deutsche Volkspartei hat den Liberalismus der Tat verleugnet, indem sie sich in Abhängigkeit zu der Deutschnationalen Volkspartei begeben hat, und sie hat in wichtigen Fragen auf einen eigenen politischen Willen zu Gunsten der Deutschnationalen völlig verzichtet. In der Aufwertungsfrage hat sie den großen Wahlbetrag der Deutschnationalen in gleichem Maße gemindert: Zuerst riesenhafte Versprechungen, dann im Reichstag Umfall auf der ganzen Linie; in der Zoll- und Steuerpolitik hat die Volkspartei die Führung vollkommen an die Deutschnationalen abgetreten und einem unliberalen, wirtschaftsfeindlichen Zolltarif zugestimmt, dessen verhängnisvolle Wirkungen auf unser ganzes Wirtschaftsleben schon drei Wochen nach seiner Geburt in die Erscheinung treten. In der Außenpolitik verdammt es der jetzige Außenminister allein der „Leichtfertigen“ Erfüllungspolitik früherer Tage, daß er überhaupt als Vertreter des deutschen Reiches auftreten kann, denn ohne jene Politik gäbe es heute kein deutsches Reich mehr. Wie stark die Abhängigkeit der Deutschen Volkspartei von den Deutschnationalen auch auf diesem Gebiet ist, zeigt das Vorgehen Stresemanns bei der Kriegsschuldaktion, die uns nur diplomatische Ohrfeigen eintrug und die Konferenz von Locarno beinahe in Frage gestellt hätte. In der Kulturpolitik vollends hat die Deutsche Volkspartei als Trägerin des Kabinetts Luther-Stresemann blind den deutsch-nationalen Schulgeheimtums und damit ihre Abzankungsurkunde als liberale Partei, als Verfechterin der Geistes- u. Gewissensfreiheit unterschrieben. Schutz der „wirtschaftlich Schwachen“ klingt wie Hohn im Munde einer Partei, die als Schuttruppe der Schwerindustrie gegründet auch jetzt wieder bei der Verabschiedung der Zollgesetze sich als Verfechterin der Interessen dieser Schwerindustrie gezeigt und die wirtschaftlich Schwachen den wirtschaftlich Starken geopfert hat. Auch bei der Abstimmung über die Anträge auf Verbesserung der unteren Beamtengruppen hat die Deutsche Volkspartei die wirtschaftlich Schwachen im Stich gelassen. Wer liberal denkt und fühlt, gibt der Deutschen Demokratischen Partei seine Stimme, wenn er eine Partei wählen will, in der kein Liberalismus der Worte sondern der Liberalismus der Tat getrieben wird.

Deutsche Demokratische Partei in Baden